

## Eine ganz besondere Art der Säuberung in Flensburg

In der Angelburgerstraße ließ die Stadtverwaltung den überdachten Eingangsbereich eines leeren Geschäftes mit Brettern vernageln, um Obdachlose und Alkoholiker zu vertreiben. Obdachlose und Entwurzelte gibt es nach wie vor in Flensburg; nur jetzt finden sie in der Angelburgerstraße keinen überdachten Platz mehr. Der Freiraum für eine Handvoll Menschen, monatelang geduldet, ist weg; ihre kleine Nische mitten im Herzen der City. Im Rathaus, nur einen Steinwurf entfernt, diskutierten daraufhin einige Ratsfraktionen über das so genannte „Problem“, also Gestank, Scherben und gelegentliches Schnorren. Die Zeitungen berichteten. Geändert hat sich aber an der Vertreibung nichts. Aber vielleicht geht es um etwas ganz anderes; darum nämlich, wer öffentliche Räume nutzen darf? Und darum, wie eine Stadt mit ihren schwächsten Bürgerinnen und Bürgern umgeht?

Flensburg hat Erfahrung mit Obdachlosigkeit. Die Stadt wurde nämlich

nach dem Krieg tausenden Flüchtlingen, die oftmals nur mit wenigen Habseligkeiten den Norden erreicht hatten, neue Heimat. Unter dem Motto „Gemeinsam Wohnräume schaffen“ entstanden unter großen Anstrengungen völlig neue Stadtviertel. Eine Generation später werden aber die Penner weder in den Medien noch in den politischen Diskussionen als zu integrierender Teil der Gesellschaft verstanden, so wie die Vertriebenen und Flüchtlinge. Sie werden als Außenseiter und Störenfriede definiert, die sich ihre Situation selbst zuzuschreiben haben. Sobald sie Freiräume für sich beanspruchen - und nichts anderes war der kleine überdachte Treffpunkt - werden sie vertrieben. Wie anno dazumal im preußischen Obrigkeitsstaat geht es der Stadtverwaltung und den sich als anständige Bürger verstehenden Mehrheit um Reglementierung und Ausgrenzung; um ein sauberes Flensburg.

Wäre eine andere Gruppe betroffen,

Posaunenspieler, Rollstuhlfahrer oder Kinderwagenmuttis, die sich in Ermangelung einer anderen Möglichkeit regelmäßig in dem zugigen Eingang treffen würden, dann wäre das Vernageln undenkbar. Die Gruppe würde angehört, sie würde ihre Wünsche und Forderung artikulieren können und gemeinsam würden Stadtverwaltung und Betroffene nach einer Lösung suchen - und sie sicherlich auch finden, denn schließlich gibt es genug Leerstand in Flensburg. Doch bei den Pennern ist das völlig anders: sie hat keiner gefragt, warum sie sich ausgerechnet im dem kleinen Eingang treffen, wo sie vorher waren und was ihnen dieser Treff bedeutet. Diese Aberkennung grundlegender Regeln solidarischen Miteinanders ist zutiefst unmenschlich. Nicht die Vertreibung aus der Angelburgerstraße ist der Skandal, sondern die fehlende Empörung über die Umstände.

## Schulden machen die Reichen reich

Unglaublich, sie haben es wieder getan! Die Abgeordneten der Regierungs- und Oppositionsparteien - mit Ausnahme der LINKEN - geben den Banken noch mehr Steuergelder. Auf 780 Milliarden Euro wird der Euro-Rettungsschirm erhöht. Die deutschen Steuerzahler bürgen davon für 211 Mrd. Die Menschen in Griechenland sehen keinen Cent von diesem Geld. Sie bezahlen mit Verarmung, Arbeitsplätzen und höheren Konsumsteuern, während Banken und Finanzinvestoren abkassieren.

ESFM, ESFS, ESM - mit immer neuen Kürzeln wird verschleiert, wie die Milliarden in die Finanzindustrie umgeleitet werden. Die Regierungen haben mit öffentlichen Geldern die Banken und die Vermögen der Reichen gerettet. Die Banken konnten wieder Risiken eingehen, ohne ein Risiko zu tragen. Denn das Risiko trägt die Allgemeinheit. Jetzt sind die Banken mächtiger denn je. Die Staaten sind bei ihnen verschuldet und die Finanzmärkte diktieren die Politik.

Die gegenwärtigen Mechanismen führen dazu, dass die öffentlichen Schulden nie abgebaut werden, sondern ein ständig wachsender Anteil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in

die Taschen der Banken und der Reichen fließt. Gleichzeitig geben die EU und die Regierungen damit den Finanzmärkten noch mehr Macht über Politik und Gesellschaft.

**Das zahlen die Staaten im 2. Halbjahr 2011 an Zinsen an die Banken und die Reichen:**

**Frankreich: 22,362 Mrd.  
Italien: 30,302 Mrd.  
Spanien: 12,634 Mrd.  
Griechenland: 7,1 Mrd.  
Portugal: 2,354 Mrd.**

Jetzt gehen die Banken zum nächsten Angriff auf öffentliche Gelder, Löhne und soziale Rechte über. Jahrelang haben sie sich goldene Nasen mit den hohen Zinsen für die Kredite an Griechenland, Portugal und andere Staaten verdient. Das Geld haben sie billig von der Europäischen Zentralbank erhalten und teuer an die Regierungen verliehen. Und so verwandelte sich das Defizit der Griechen in die Gewinne der Banken. Die Rekordprofite - allein die Deutsche Bank plante für 2011 einen Gewinn von zehn Milliarden Euro - wurden an die Aktionäre ausgeschüttet, anstatt sich damit für

die nächste Krise fit zu machen.

Nachdem jetzt viele Staaten in den Ruin getrieben sind, soll nun die Allgemeinheit europaweit das Ausfallrisiko übernehmen und die Zinsen bezahlen. Der empörende, von Banken geschriebene Griechenland-Rettungsplan überschwemmt Banken und Spekulanten mit Geldern von den Steuerzahlern und lässt Griechenland selbst im Stich. Die Bundesregierung kürzt die Sozialprogramme, aber zahlt Unsummen an die Banken, damit die Reichen noch reicher werden.

Weltweit sind die Reichen heute reicher als vor der Krise. Auch Deutschland wächst nur noch für die Reichen. Während der Reallohn für Normalverdiener von 2000 bis 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf die schwindelerregende Summe von 4 880 Mrd. Euro gestiegen. Die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung.

Im Jahr 2010 vermehrten die Reichen in Deutschland ihr Geldvermögen um 220 Mrd. Euro. Ein Zuwachs, mehr als doppelt so hoch wie beim Bruttoinlandsprodukt mit 101 Mrd. Würde man den Millionären nur die Hälfte des Zuwachses ihre Geldvermögens wegsteuern, hätte der Staat 110 Mrd. mehr Steuereinnahmen und die Finanzmärkte weniger zum spekulieren.